



**SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag**

Pressemitteilung Nr. 16-046
vom 08.02.11

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Landtag: „Vor neuer Entscheidung endlich Transparenz herstellen“

Anlässlich der neuen Entwicklung beim Thema Landtagsneubau erklärt Stefan Schostok, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag:

„Das heute von Landtagspräsident Dinkla vorgelegte Schreiben macht deutlich, dass das Parlament im März 2010 offenkundig auf der Basis falscher Zahlen seine Entscheidung für einen Landtagsneubau getroffen hat. Die damals genannte Obergrenze von 45 Millionen Euro war eine politisch gegriffene Zahl und hatte mit der Realität nichts zu tun. Entsprechend ist der Landtagsbeschluss vom vergangenen Jahr obsolet.

Was bleibt, ist die Sanierungsbedürftigkeit des Plenartrakts. Bevor das Parlament darüber eine neue Entscheidung treffen kann, müssen alle Daten auf dem Tisch liegen. Wir fordern deshalb Landtagspräsident Dinkla dazu auf, endlich für Transparenz zu sorgen. Er muss ähnliche Berechnungen darüber vorlegen, was eine Sanierung kosten und wie teuer ein Umbau werden würde. Ohne diese Informationen ist eine verantwortbare Entscheidung, die sowohl dem unbestrittenen Sanierungsbedarf als auch der notwendigen Sparsamkeit gerecht wird, nicht zu treffen.

Ich warne davor, ohne Basisdaten aber mit Hurrageschrei ein Sanierungsabenteuer zu beginnen, das Jahr für Jahr zwar relativ geringe Beträge, aber über die Jahre eben doch eine hohe Millionensumme verschlingt.

Zur Transparenz gehört es auch, dass die eingereichten Unterlagen der übrigen Teilnehmer des Architektenwettbewerbs zumindest für alle Abgeordneten einsehbar werden. Entsprechende Schritte dazu werden wir als SPD-Fraktion beantragen.

Landtagspräsident Dinkla ist durch Indiskretionen mutmaßlich aus dem Umfeld der Regierungsparteien zu seinem heutigen Schritt gedrängt worden. Es ist augenfällig, dass zumindest die CDU im Vorfeld der Kommunalwahl ein für sie unbequemes Thema endgültig abräumen will.“